

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

264 (10.11.1896) I. Blatt

Ausgabe
Wöchentlich zwölf Mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustellgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 8.

Telefonanschluß Nr. 401.

Einzelgebühren
Die 1/2spaltige Kolonien-
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restamentheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenutzt gebliebene Ein-
sendungen werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honorar-Ansprüche keine
Berücksichtigung finden.

Nr. 264. I. Blatt.

Karlsruhe, Dienstag, den 10. November

1896

Der Kampf gegen den Fürsten Bismarck.

Der im telegraphischen Auszug schon mitgeteilte Artikel, den die „Hamb. Nachr.“ am Samstag unter obiger Ueberschrift veröffentlichten, hat folgenden Wortlaut:

„Fürst Bismarck hat von der Zeit an, als er 1862 Ministerpräsident wurde, oft Epochen gehabt, in denen er heftig angegriffen wurde, namentlich bei seinem ersten Auftreten, doch kaum jemals mit der Heftigkeit und in der Tonart, wie heute, nachdem er seit bald 7 Jahren außer Dienst ist. Minder heftig in der Sprache als in der Konfliktzeit, wenn auch giftiger in der Bosheit waren die Angriffe der konservativen Partei zur Zeit der „Reichsglocke“ auf den Kanzler, der ihren Führern den Gehorsam versagte. Die Kämpfe in der Vera Windthorst gegen die fortschrittlich-liberale Reichstagsmehrheit der 80er Jahre war ja auch leidenschaftlich, aber in der Grobheit, man kann wohl sagen in der Rohheit der Sprache, blieben sie doch weit zurück hinter dem, was man heute in den angehenkten fortschrittlichen und offiziellen Blättern zu lesen bekommt. Daß dieser jorntigen Aufregung die Sorge zu Grunde liegt, Fürst Bismarck könnte wieder ins Amt kommen, ist doch zu unwahrscheinlich, wenn auch vielleicht manche urteilslose Leute mit dieser Perspektive erschreckt und aufgeregt werden. Aber Persönlichkeiten, die gebildet genug sind, um eine Zeitung zu redigieren, selbst eine sozialistische, werden solche thörichten Gedanken nicht haben. Wie dem auch sei, jedenfalls ist der Ton der Presenangriffe auf den Fürsten Bismarck immer roher und die Schimpfwörter sind gröber geworden. Die Gegner des früheren Kanzlers haben sich in der Presse vermehrt, ob auch im Volke, lassen wir unerörtert. Auch der Feind der Feinde sind mehr geworden; sie beschränkten sich in der Konfliktzeit beinahe auf die „Kreuzzeitung“. Die Gattung der Gegner hat sich modifiziert. Sie bestand damals ziemlich ausschließlich aus den liberalen Schattierungen, die gehofft hatten, nach Ermüdung oder Abdankung König Wilhelms I. selbst ins Amt zu kommen und diese Hoffnung mehrere Jahre nicht aufgaben. Damals hießen die Gegner einfach die Liberalen und vertraten die parlamentarische Machtentwicklung gegenüber dem Königtum. Diese Charakteristik paßt heute nicht mehr ganz. Aus den Liberalen sind Demokraten geworden und die verschiedenen Kategorien derselben: die soziale, die fortschrittliche, die liberale und die offiziöse Demokratie, arbeiten in erster Linie keineswegs im Sinne der Verfassung und der Parlamentsherrschaft; sie rufen nach Polizei, Justiz, Bureaucratie und Zuchthaus, sobald sich eine politische Meinung unabhängig von der ihrigen geltend macht.

Man fragt nicht nach dem gemeinsamen Ziele, dessen Erkenntnis die Feinde des Reichskanzlers unter einen Hut bringt. Uns scheint es kaum ein positives mehr zu sein, sondern nur das negative gemeinsame Bestimmung über das Ergebnis der letzten 30 Jahre. Wenn aber der Haß gegen den Fürsten Bismarck, der in den heutigen Preßturme Ausdruck findet, noch stärker ist als der 1862 gegen den preussischen Ministerpräsidenten, so fragt man sich: was hat der Schatz ge-
than, um diese Verfestigung der Verhöhnung seiner Landsleute gegen ihn herbei zu führen? Jede Erscheinung der Art hat doch ihre logischen Ursachen. Wir können hier keine andere entdecken als die Wirksamkeit des rücksichtslos an der Verfestigung des bestehenden Deutschen Reiches und die Hoffnung, das in dieser Richtung Geschehene zu untergraben, zu schwächen und sein Ersinken nach Möglichkeit zu verhindern. Ueberzeugte Monarchisten sind weder die sozialen noch die fortschrittlichen Demokraten, und die Liberalen sehen evangelische Dogmatiken als eine Krankheit an, welche die ärztliche Pflege zu heilen hat. Wir glauben kaum, daß der Haß gegen den Fürsten Bismarck so heftig zum Ausdruck gelangt wäre, wenn er nicht von der vierten Gattung Demokratie, die wir nannten, der offiziellen, geschäftet worden wäre. Diese Schürung ist sogar auf die halbamtliche Presse der bundesfreundlichen Kreise in Baden und in Weimar übertragen worden. In der Billigung und Unterstützung der Bureaucratie, die im Besitze der technischen Leitung ist, findet auch die von ihr nicht direkt bevorzugte Presse eine Ermittlung, wenn nicht eine Rechtfertigung in ihrem Kampf gegen den Fürsten Bismarck. Der Stoff, aus dem sie jetzt ihre Nahrung saugt, liefert sie auch ohne offiziöse Beihilfe nicht viel.

Die Frage, ob politische Beziehungen, die seit mehr als 6 Jahren bedeutungslos geworden sind, nach dem Genesensstadium der demokratischen Blätter christlich-tugendhaft oder ruchlos waren zu der Zeit, wo sie im Interesse des öffentlichen Wohls, da, wo sie eine berechtigte Kritik finden konnten, bei den Genossen des Dreibundes, hat sie offenbar keine Erregung verursacht und erlangt kaum in einzelnen sporadischen Kennzeichen Berliner offiziellen Einflusses Beachtung. Die sittliche Enttötung unserer heimischen Demokratie findet dort nur mäßigen Anklang und ebenso in Frankreich. In England zeigt sich schon mehr Sympathie dafür wie natürlich für jedes Aufstehen von Symptomen rassenfeindlicher Gesinnung in Preußen und in Deutschland seit dem Krimkrieg, in der polnischen Revolution von 1863, in Bezug auf die sogenannte Seeschlange, das preussisch-russische Abkommen, über welche der Chorus der preussischen Opposition, der englischen Blätter und der englischen Diplomatie mit gleicher Heftigkeit herfiel. Und wenn man in England gewohnt hat, daß die russische Verfassung, welche nach dem Berliner Kongreß gegen Deutschland laut wurde, auf irgend einem Wege der diplomatischen Verbindlichkeit ihrer Heilung entgegen ging, so wird man natürlich allen englischen Einflüssen in der Diplomatie und in der deutschen Bevölkerung angepaßt haben, um diese Heilung zu verhindern. Die Dreitausendbegegnungen von Berlin im Jahre 1872 und von Skerriewicz im Jahre 1884 pasten nicht in die englische Politik, und wenn in der That ein Abkommen daraus sich gebildet hat, welches Rußlands Neutralität im Falle eines Angriffs in Aussicht stellte, so war die Befestigung eines solchen Abkommens Aufgabe der englischen Politik von dem Augenblicke an, wo ihre Leiter die Ueberzeugung hatten, daß es existierte. Wenn es existierte, so konnte es seine Wirkung ja nur England und Frankreich gegenüber äußern. Frankreich gegenüber zu Gunsten Deutschlands, was den englischen Politikern ziemlich gleichgültig gewesen sein würde, aber England gegenüber ausschließlich zu Gunsten Rußlands. Zwischen diesen beiden Mächten konnten Handel in Asien und im Orient entstehen und wenn dies der Fall war, so hatte die Haltung Deutschlands ihre Wichtigkeit. Ein anderer als ein englischer Angriff auf Rußland wird den Kontinenten wohl kaum vorgeschwebt haben und namentlich keiner von seinen Westerrändern, das sich auf einen unprovocierten Angriff auf Rußland doch kaum jemals eingelassen haben würde, ohne seine Absichten vorher mit der deutschen Reichspolitik zu besprechen; aus solcher Besprechung würde auch für beide Teile die Klarheit darüber gewonnen worden sein, ob ein beabsichtigtes kriegerisches Vor-

gehen ein provociertes sei oder nicht. Die Beilegung und Verhütung österreichisch-russischer Verstimmung hat die deutsche Politik früher jederzeit als ihre Aufgabe angesehen.

Die schwerwiegende von unseren Veröffentlichungen, wenn sich dieselben, wie es scheint, als begründet erweisen, liegt auch wohl nicht in der sehr geschickten und verständigen Herleitung einer verstärkten Friedensgarantie, sondern in der Angabe, daß auf die Beibehaltung derselben nach 1890 von unserer Seite verzichtet worden sei. Wenn diese Thatsache nicht entschiedener als bisher in Abrede gestellt wird, so wird sich der Fortschritt in der Presse und eventuell im Reichstage doch wohl mehr auf die Gründe dieser Ablehnung als auf die Motive der Herleitung und der öffentlichen Bepredung des behaupteten russischen Abkommens richten. Dieses Abkommen muß, wenn wir recht unterrichtet sind, von allen drei deutschen Kaisern gebilligt worden sein bis 1890. Für seinen Abbruch, wenn es bis 1890 bestanden hat, wäre die Frage von Interesse, wann England Kenntnis von der Existenz desselben erhalten hat.

Die Wirkung der Bismarck'schen Enthüllung in Frankreich.

Daß die Mitteilungen über ein bis zum Jahr 1890 beständenes deutsch-russisches Neutralitätsabkommen in Frankreich einen niederschmetternden Eindruck machen mußten, daß die Franzosen dadurch aus allen Himmeln ihrer Hoffenbegeisterung gestürzt werden mußten, war von Anfang an klar. Auch die „Straßb. Post“, die sich in diesem Falle auf die Seite der Gegner Bismarck's stellen zu müssen glaubte, räumt durch den Abdruck eines eingehenden, von einem französischen Berichterstatter ihr zugekommenen Stimmungsbildes ein, daß die Bismarck'sche Enthüllung in Frankreich wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt habe.

Die allgemeine Durcheinanderung, die in den breiten Schichten der politisch-treibenden Bevölkerung Frankreichs nach dem Jarenbruch herrschte, so führt der franz. Berichterstatter aus, sei ziemlich rasch und ziemlich gründlich durch einen recht frohen „Winter des Mißtrauens“ abgelöst worden. „Der lange Aufenthalt des Jarenpaars in Darmstadt verschmüßte schon etwas, man hätte am liebsten gesehen, daß der Jar von Chalons sofort und ohne weiteren Aufenthalt nach Petersburg zurückgekehrt wäre. Dann kamen die einzelnen Nachrichten aus der heftigsten Hauptstadt. Besonders die Thatsache, daß der Jar in preussischer Uniform an einem Frühstück im Kreise eines Offizierscorps teilgenommen habe, berührte hier unangenehm. Die Blätter beschränkten sich freilich darauf, diese Meldungen kurz zu verzeichnen; einzelne thaten auch das nicht einmal, sondern unterzogen sie kurzweg. So lebhaft wurde ein Artikel der „Königlichen Zeitung“ erörtert. Besonders stark wurde ein Artikel der „Königlichen Zeitung“ kommentiert, der eine Fülle von Einzelheiten, speziell über den Verkehr des Jaren bei den Darmstädter Dragonern meldete. Die Meldungen der Pariser Blätter von dem Besuche des deutschen Kaisers in Darmstadt und dem Gegenbesuch des Jaren in Wiesbaden verstärkten den unbehaglichen Eindruck, den das lange Verweilen des Jarenpaars auf deutschem Boden an sich machte. Indessen hätte das alles nicht viel zu sagen gehabt, wenn nicht die „Hamburger Enthüllungen“ dazu gekommen wären. Diese Veröffentlichungen wirkten in der That ebenso, wie vor langen Jahren nur irgend einer der berühmten „kalten Wasserstrahlen“ aus dem publizistischen Brunnen des damaligen „eisernen Kanzlers“. Der Gedanke, daß Rußland zu einer Zeit, in der die russisch-französische „Entente“ bereits im Werden, ja, nach manchen Darstellungen, bereits eine Thatsache war, noch ein geheimes Bündnis mit Deutschland unterhalten habe, wirkte in der That wie eine Bombe. Im Privatgespräch konnte man von sonst sehr unfeindlichen Leuten Neugierigkeiten hören, die weit über die Grenzen des Wittzebogens und selbst Mißtrauens hinausgingen und hart an Barenbeleidigung grenzten oder sogar solche bildeten. Alexander III., der bis dahin in der Nationalverehrung fast zum Standpunkt stand, den etwa die Jungfrauen von Orleans einnimmt, erschien auf einmal in einem ganz anderen Lichte. Die „Hamburger Nachrichten“ hatten ihn in die Beleuchtung eines schamlos doppelzüngigen Politikers gesetzt, der, wie Bismarck früher einmal zu jagen pflegte, „zwei Eichen im Feuer“ liegen hatte. Und Jar Nikolaus? Nun, er hatte in Breslau zum deutschen Kaiser gesagt, er werde „die Traditionen eines vereinigten Vaters“ aufrecht halten. Dies Wort, über das man sich in Frankreich so schmerzhaft geirrt hatte, als man in Alexander III. nur den Deutschenfreund und Franzosenfreund erblickte, gewann auf einmal eine ganz andere, eine fast unheilvolle Bedeutung. Wie, wenn auch Nikolaus etwa eines Tages sich befehlen lassen sollte, „zwei Eichen im Feuer liegen“ haben zu wollen? Auf wen in der Welt konnte man sich wohl noch verlassen, wenn selbst die angebetete Gestalt Alexander III. sich bei näherer Prüfung als so ganz anders herausstellte, als man bisher angenommen hatte?

Das ist die Stimmung, die im Augenblicke herrscht. Verfüßt wird diese nagende Unruhe und Unzufriedenheit nur etwas durch die Schadenfreude, mit der alle Franzosen in diesem Augenblicke nach Deutschland blicken. „Bismarck hat das verraten!“ Bismarck! Wenn der Haß gegen den „eisernen Kanzler“ überhaupt in Frankreich noch der Verneuerung fähig wäre, dann wäre er durch die neuesten Enthüllungen des Fürsten wohl noch vermehrt worden. Aber das ist nicht wohl möglich: steht doch Bismarck in dieser Beziehung noch vor dem leidigen Volkseidams, an den sehr viele Leute übrigens gar nicht einmal mehr glauben, während Bismarck trotz seiner mehr denn achtzig Jahre und trotz seines Abbestandes die Welt jetzt wieder einmal davon überzeugt hat, daß und wie sehr er noch da ist. Das Bewußtsein von der unheimlichen Stärke dieses Meisters auf dem politischen Schachbrett erregt selbst jetzt hier noch einen neuen Schauer. Man schimpft über seine Doppelzüngigkeit; man ergeht sich in langen Tiraden über seinen Verrat am Dreibund und am eigenen Vaterlande; man heuchelt Mitleid mit dem greisen Kaiser Franz Joseph, der „einen solchen Bundesgenossen“ gehabt habe; man bringt selbst ein Wort der Anerkennung für Kaiser Wilhelm und den Reichskanzler Caprivi über die Lippen, die „eine so heuchlerische Politik“ nicht hätten mitmachen wollen — aber man hat dabei doch immer das Gefühl: dieser Teufel von Bismarck, was hätten wir von dem noch alles zu erwarten, wenn er noch am Auser wäre! Aber, Gott sei Dank, ist er es jetzt nicht mehr, und seine Lüge richtet sich jetzt nicht mehr gegen Frankreich, sondern gegen Deutschland! Das ist das Gefühl der Schadenfreude, durch welches allein das Gefühl der Verstimmung etwas besänftigt wird. Die Schadenfreude ist sehr lebhaft, aber wenn ich alles zusammenrechne, so ist die Mißstimmung doch wohl

noch größer. Das läche Erwachen aus dem süßen Traum von Rußlands reiner Liebe und Treue war doch eben noch unangenehmer, als der Gedanke, daß man in Deutschland zur Zeit ebenfalls mit Schwierigkeiten kämpft, angenehm ist.“

Vom Tage.

Karlsruhe, 9. Novbr.

Der Reichstag

tritt morgen (Dienstag) nach einer Unterbrechung von nahezu 5 Monaten wieder zusammen. Da er sich am 2. Juli d. J. nur vertagt hat, so wird sofort die Aufnahme der Geschäfte erfolgen, ohne daß die Neuwahl des Präsidiums, wie vor einem Jahre es von neuem für die Konservativen notwendig macht, dem Centrum ihre Sympathien mit dem Stimmzettel zu bekunden. Realismus und freisinnige Volkspartei werden somit auch in diesem Winter die Führung der Geschäfte repräsentieren. Der Bestand der Parteien hat durch die inzwischen erfolgten Ersatzwahlen nur ganz unwesentliche Veränderungen erfahren und daran wird sich auch mit den wenigen Wahlen nichts ändern, über welche die Entscheidung erst nach Wiederaufnahme der Arbeiten fällt. Ebenförmig ist in den Verhältnissen der Parteien zu einander eine Aenderung eingetreten, die es verlohnt erscheinen lassen könnte, diesmal die alte Frage der Mehrheitsbildung zu erneuern. Der Abschluß des verflochtenen Sessionsabschnitts, der unmittelbar nach Erledigung des bürgerlichen Gesetzbuches die alten Gegensätze wieder voll in Wirksamkeit treten ließ, der Verlauf des Sommers, der höchstens zwischen den Konservativen und dem Centrum sich vorläufig entwickelnde Neigungen zeigte, hat daran nichts geändert. So sieht auch die bevorstehende Winteression unter dem Eindruck, daß von Fall zu Fall, je nach dem Gegenstande, sich die Stellungnahme der Parteien vollziehen wird. Demgegenüber bedarf es, schreibt die „N. L. St.“, keiner weiteren Ausführung, daß unter diesen Umständen volle Unabhängigkeit und eine zielbewusste Wahrnehmung der Parteinteressen, unbeschadet der Notwendigkeit einer fruchtbareren Förderung der Aufgaben des Reichstags, wie im verflochtenen Winter so auch für die bevorstehende Session der rätliche Weg ist. Außerhalb aller Parteinteressen steht dabei das Verlangen, daß die kommende Session nicht unter dem „Abentismus“ leidet, der von Winter zu Winter zunehmend den Reichstag zu einer wachsenden Beschlusunfähigkeit verurteilt und seine Autorität auf das schwerste zu schädigen droht. Ob vielleicht das eigentliche Parteinteresse nach dieser Richtung eine wohlthätige Wirkung ausüben wird, in Rücksicht darauf, daß der Termin der Neuwahlen immer näher rückt und für diese bereits die Eindrücke der bevorstehenden Session Bedeutung gewinnen werden, muß dahin gestellt bleiben. Innerhalb der Regierung wird der Reichstag die bekannten Veränderungen im preussischen Kriegsministerium und an der leitenden Stelle der Kolonialabteilung vorfinden. Der Wechsel in diesen Stellen wird besondere Bedeutung für die kommende Session gewinnen, sowohl wegen der in Aussicht gestellten Vorlage über die Reform der Militärstrafprozedur, wie wegen der wachsenden Anforderungen, welche die weitere Förderung der Kolonien an den Reichshaushalt stellt. Beginn wird die Tagung mit der Justiznovelle, welche im Kommissionsbericht vorliegt und gleich zur zweiten Lesung auf die Tagesordnung der ersten Sitzung gestellt wird. Sie enthält vor allem die so lange und dringlich geforderte Entschädigung unschuldig Verurteilter, und die Verurteilung in Strafsachen, über deren Durchführung in Fachkreisen allerdings immer die Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeglichen sind. So bringt gleich der erste Tag einen Gegenstand zur Beratung, der die Interessen weitaus der Reichstagsmitglieder berührt und ihre Aufmerksamkeit auf die Beratungen des Reichstags konzentriert.

Nachmals die Mainzer Reichstagswahl.

In einem 1/2 Spalten langen Artikel hat der „Beobachter“ versucht, unsere Behauptung zu widerlegen, der „Aufschwung“ des Centrums bestehe lediglich in dem Uebergang der 2000 demokratischen Stimmen auf den Centrumsdemokraten Schmitt, und der Stimmenausfall der Nationalliberalen beruhe auf der um 3000 Stimmen geringeren Wahlbeteiligung. Da der „Beobachter“ sachliche Momente gegen uns nicht anzuführen wußte, so half er sich mit Phrasen, wobei u. a. die Behauptung eine Rolle spielte, wir ständen den Verhältnissen in Mainz fern, hätten also kein auf Kenntnis der näheren Verhältnisse gegründetes Urteil. Nun schreibt aber ein Mainzer Korrespondent der „Allg. Ztg.“ in völliger Uebereinstimmung mit uns:

Das Emporschnellen des Centrumskandidaten um 2000 Stimmen gegenüber der letzten Wahl erklärt sich leicht durch den Umstand, daß auf ihn die 2000 demokratischen und freisinnigen Stimmen gefallen sind. Er hat sich ja auch bei seiner Thätigkeit im Landtag und der Stadtverordnetenversammlung in Mainz stets als echter Demokrat gezeigt, der mit einem Tropfen ultramontanen Oels gesalbt war. Da kommt denn auch die Demokratie und freisinnigen freudigen Herzens ihm, der ihnen so nahe steht, ihre Stimmen geben.

Und über die Ursache des Rückgangs der Stimmen der nat.-lib. Partei schreibt derselbe Korrespondent:
Ihr Kandidat war allerdings mehr ein Verlegenheitskandidat, der sich in unerlebenswerter Opferwilligkeit in die Presse stellte, als die geeignete Persönlichkeit für die nationalliberale Bewegung sich nicht entschließen konnte, sich aufstellen zu lassen. Dies war im Wahlkreise bekannt und lähmte ein energisches Eintreten der nationalliberalen Wählerchaft nicht wenig. Von einer umfassenden Thätigkeit, besonders in dem sonst so guten Landbezirke, war auch kaum die Rede, so daß die Ausschichten sich immer trüber gestalteten. Dem entspricht das für die nationalliberale Partei recht bedauerliche Ergebnis.
Nun hätte also der „Beob.“ das Urteil eines der Verhältnissen gewiß nahestehenden Herrn. Er wird dasselbe wohl oder übel gelten lassen müssen, nachdem er schon unserer minder kompetenten Betrachtung gegenüber sich zu den genagtesten Sprüngen veranlaßt sah.

Deutsches Reich.

* Wildparkstation, 8. Nov. Der Kaiser ist heute Morgen kurz nach 8 Uhr mittelst Sonderzuges hier eingetroffen und hat sich sogleich nach dem Neuen Palais begeben.
* Berlin, 7. Nov. Der in der gestrigen Sitzung des Bundesrats angenommene Gesetzentwurf zur Ergänzung der Gesetze betr. Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern, bestimmt der „Karst. Ztg.“ zufolge, daß dem Norddeutschen Lloyd für eine Erweiterung des ostasiatischen Postdampfsdienstes durch Einrichtung einer vierzehntägigen Verbindung mit China eine Erhöhung der Reichsunterstützung um jährlich 1/2 Millionen Mark bewilligt und gleichzeitig die Unterhaltung des erweiterten Gesamtunternehmens unter Gewährung der höchsten Beihilfe auf eine Dauer bis zu 15 Jahren übertragen werden soll. Die Fahrgeschwindigkeit auf der sinesisch-japanischen

Einige soll im Durchschnitt mindestens betragen: zwischen demjenigen europäischen Anlaufhafen, in dem die Aufnahme oder Ablieferung der Post erfolgt, einerseits, und dem chinesischen Hafen Shanghai andererseits 13 Knoten, für neu zu erbauende Schiffe 15,5 Knoten, auf den übrigen Strecken 12,6 Knoten. In dem dem Gesandten vorgelegenen Erläuterungen wird ausgeführt, daß die auf Grund des Gesetzes vom 6. April 1885 eingerichteten Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien sich zum Besten des deutschen Handels und der deutschen Industrie erfreulich entwickelt haben. Der durch die Reichspostdampferlinien vermittelte Gesamtverkehr betrug im zweiten Berichtsjahre 1888 (ohne Edelmetalle oder Kontanten) 58 477 Tonnen im Werte von 74 615 000 Mark und ist bis zum Jahre 1895 auf 152 415 Tonnen im Wert von 139 507 000 Mark gestiegen. Ferner datiert von der Schaffung der Reichspostdampferlinie der große Aufschwung des deutschen Schiffbaues, der es ermöglicht hat, die größten Schiffe auf deutschen Werften herzustellen. Die hierdurch dem deutschen Nationalvermögen bis Ende 1895 erhaltenen Summen werden allein auf über 59 Millionen Mark berechnet, denen an Reichsunterstützung nur etwa 40 Millionen gegenüber stehen. Sodann wird darauf hingewiesen, daß sowohl die postalische wie auch die nationalen Interessen und die deutsche Kriegsmarine eine weitere Ausgestaltung der Reichspostdampferlinien erfordern.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 8. Nov. Die „Agence Havas“ meldet: Nach Eingang des Berichtes über die Besprechung der Armenier-Angelegenheit in der Dienstag-Sitzung der französischen Kammer sandte der Sultan seinen Sekretär an den französischen Botschafter in Konstantinopel, Cambon, um ihn über die vom Minister des Auswärtigen, Hanotaux, gegebenen Instruktionen zu befragen. Der Botschafter ließ den Sultan wissen, daß es vor allem dringend erforderlich sei, daß der Sultan aus freien Stücken eine Anzahl von Maßnahmen ergreife, um die öffentliche Meinung zu beruhigen und Europa Genugthuung zu geben. Der türkische Botschafter in Paris hat nunmehr den Minister des Auswärtigen, Hanotaux, davon in Kenntnis gesetzt, daß der Sultan unverzüglich folgende Punkte geprüft und angeordnet habe: 1) Haftentlassung aller in den Gefängnissen befindlichen Personen, gegen welche nicht Belastendes vorliegt. 2) Die Polizei wird Anweisungen erhalten, um zu verhindern, daß friedliche Armenier verfolgt werden. 3) Unverzügliche Berufung der armenischen Nationalversammlung behufs Vornahme der Wahl eines Patriarchen. 4) Oberst Dogba Wei, welcher für die Ermordung des Paters Salvator verantwortlich ist, wird vor ein Kriegsgericht gestellt. 5) Der Wali von Diarbekir, welcher als bei den Unruhen beteiligt bezeichnet wurde, wird abberufen. 6) Den Walis werden klare Anweisungen erteilt zur Unterdrückung neuer Gewaltthatigkeiten. 7) Der Minister des öffentlichen Unterrichts wird für die Ausbesserung der Schulen sorgen, welche die katholischen Klöster Kleinasiens während der letzten Unruhen erlitten haben. 8) Dem Teil der Bevölkerung, welcher hauptsächlich zu leiden hatte, wird Hilfe geleistet. 9) Es wird ein Dekret bezüglich einer schnellen Anwendung der im letzten Jahre für die 6 Vilajets Armeniens bewilligten Reformen und deren Ausdehnung auf die anderen Provinzen veröffentlicht werden. Bereits bekannt ist, daß der Polizeiminister von Konstantinopel, welcher seit den Unruhen der Schwäche beschuldigt wurde, abgesetzt ist. Hanotaux dankte dem türkischen Botschafter und ließ ihn wissen, daß er dem Botschafter Cambon genaue Anweisungen senden werde, um die Anwendung dieser Maßnahmen zu überwachen.

Spanien.

Barcelona, 8. Nov. General Polavieja hat sich heute unter warmen Klänge von der Bevölkerung nach Manila eingeschifft.

Konstantinopel.

Konstantinopel, 8. Nov. Der Präsident des Strafgerichtshofes, Kalfid Bey, ist zum Wali von Diarbekir ernannt worden.

Athen, 8. Nov. Die Regierung beschloß, diejenigen Offiziere, welche sich seinerzeit zur Teilnahme an dem Aufstande nach Kreta begeben hatten, vom Gericht aber freigesprochen worden waren, disciplinarisch zu bestrafen.

Massaua.

Massaua, 8. Nov. Viele Häuptlinge der Digriner, sowie mehrere Priester begaben sich in diesen Tagen auf Befehl Meneliks nach Schoa. Auch Kas Mangascha soll dahin abgereist sein.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 9. Nov. In unserer Sonntagsnummer (II. Blatt) haben wir bereits festgestellt, daß der von den „Berliner Neuesten Nachrichten“ gegen den verantwortlichen Redakteur der Karlsruher Zeitung, J. Käß, erhobene Vorwurf des Mißbrauchs seiner Stellung zu Privat Zwecken gegenstandslos erweise. Inzwischen haben außer dem ultramontanen Hauptorgan, dem „Bad. Beob.“, auch die Hilfsgruppen von der demokratischen Seite, die „Frl. Ztg.“ und der „Bad. Landesbote“ eingegriffen, um eine Lanze für den in der Bismarck-Angelegenheit so auffällig schneidigen Dissidius zu brechen. Statt sich an die „Berliner Neuesten Nachrichten“ zu halten, greifen sie die „Bad. Landeszeitung“ an, weil diese es „gewagt“ hat, von dem Artikel des Berliner Blattes im Interesse der inzwischen ja erfolgten Aufklärung Notiz zu nehmen. Einen Bismarck herabzuwürdigen, ist natürlich ein Verdienst; Aufklärung über ein allgemein auffallendes Vorgehen eines Dissidius zu fordern, ist dagegen eine Todsünde! Das Frankfurter Blatt und sein Karlsruher Ableger sind aber sachlich wie formell mit ihren Ausführungen sehr ungeschickt. Der „Landesbote“ hat wieder einen seiner ebenso gestrohten als manierlichen Leitartikel geschrieben, dem er die Ueberschrift gegeben hat: „Ein Schlag ins Wasser.“ Das ist sehr verdammt von dem demokratischen Organ, wie manügelig einsehen wird (angesichts der Thatsache, daß der „Landesbote“ in Spalte 1 erklärt, die „Landeszeitung“ mache mit ihren Ausführungen „der badischen national-liberalen Partei die schwersten Vorwürfe“, während er in Spalte 2 die nicht minder erschütternde Thatsache konstatiert, daß mit eben diesen Ausführungen „die national-liberale Partei, der die jetzige Stellung der badischen Regierung zu Bismarck nicht gefällt, zu einem Schlag ausgeholt hat nicht gegen den offiziellen Journalisten, sondern gegen die Regierung selbst.“ Was also in Spalte 1 ein Schlag der „Landeszeitung“ gegen die Partei ist, das ist in Spalte 2 ein Schlag der Partei gegen die Regierung. Das eine ist selbstverständlich so unwarhaft wie das andere, und es hat deshalb auch der „Landesbote“ seine Polemik gegen uns zwar unfeinlich, aber durchaus zurechtend als einen „Schlag ins Wasser“ charakterisiert. Daß dabei die „Bad. Landeszeitung“ der „Verleumdung“ beschuldigt wird, führen wir nur zur Charakterisierung des demokratischen Blattes selbst an: derjenige, dem so schwere Beschuldigungen nur so ohne weiteres vom Munde fließen, ist noch nie zu den Anständigen und Gebildeten gezählt worden; wir verzichten daher auch darauf, das Blatt durch den Richter abstrafen zu lassen. Daß man sich in den Kreisen der roten und schwarzen Opposition so gewaltig für die „offiziösen“ Artikel der „Frl. Ztg.“ in's Zeug wirft — der offenbar von „zufälliger“ Seite stammende Beobachterartikel ist unter verschiedenen Korrespondenzen auch in der übrigen ultramontanen Presse übergebracht worden —, diese Thatsache ist charakteristisch für die Ziele, denen die Bismarckhege dienlich gemacht werden soll, sie wirft

aber auch ein bezeichnendes Licht auf die ungesunden Zustände in unseren Presseverhältnissen.

Karlsruhe, 9. Nov. Die löbliche Unterwerfung, welche die demokratische Parteileitung auf den Drohkartell des Centrumsgezwungen so prompt vollzog, ist eine vollkommene. Das Mannheimer Freisinnorgan, das einen Nationalliberalen für ein kleineres Uebel erklärte als einen Antifemiten und mit seiner Warnung vor einer Wiederholung des Weinheimer Falles die Wader'sche Drohung im „Bad. Beobachter“ veranlaßte, fällt heute als Opfer auf dem Altar des Bündnisses zwischen den beiden ungleichen Mächten. Dem Artikel des „Landesboten“, in welchem die Unterwerfung angezeigt wurde, ist ein zweiter gefolgt, in welchem es heißt:

„Der „Bad. Landesbote“ hat selbstverständlich niemals Veranlassung, die Ansichten der „N. B. Z.“ zu den seinigen zu machen, da das genannte Blatt, wie es noch selbst in den letzten Tagen erklärt hat, zu seiner politischen Partei in direkter Beziehung steht. Was die „N. B. Z.“ schreibt, ist mithin für die Deutsche Volkspartei völlig gleichgültig und wir verwerfen uns dagegen, für die Ansichten des Mannheimer Blattes irgendwie verantwortlich gemacht zu werden.“

Weiter kann man die Unterwerfung unter das sanfte Joch des Herrn Wader gewiß nicht treiben! Möge es dem Letzteren gefallen, das Opfer gnädig anzunehmen.

Aus Baden, 7. Nov. Ueber die vortreffliche Haltung der „Badischen Landeszeitung“ gegenüber den „Hamburger Enthüllungen“ herrscht unter allen aufrichtigen Freunden des Blattes lebhafteste Genugthuung. Die Lektüre der Artikelserie über Bismarck als den getreuen Eckstein des Deutschen Reiches ist für jeden deutschen Patrioten, dem unsere große Zeit unter Bismarck noch in wehmütiger Erinnerung ist, ein wahres Labial in der bisherigen blinden Bismarckhege. Wo wir noch in patriotischen Kreisen das Thema des Tages berührten, vernahmen wir das Lob der „Badischen Landeszeitung“ wegen ihrer männlichen Haltung.

Waldorf, 8. Nov. Gestern Abend 11 Uhr verlegte der 15jährige Georg Bender, von hier gebürtig, 3 St. in Mannheim beheimatet, einen Altzugenossen, den August Schupp, durch mehrere Messerstiche recht bedenklich. Mitglieder der Sanitäts-Abteilung leisteten die erste Hilfe. Etliche bekehrte Burthen ergriffen den flüchtig gewordenen Missethäter am Bahnhof.

Seidelberg, 8. Nov. Unser Reichstagsabgeordneter Konrad Weber erstattete heute vor zahlreich besuchter Versammlung Bericht über den ersten Teil der laufenden Reichstagsession. Er erlachte an, daß manches Gute geschaffen worden sei, wobei er namentlich auf das bürgerliche Gesetzbuch abhob. Die außerordentliche Jahresarbeit der Konservativen bei der Beratung dieses Gesetzes und bei der Abstimmung darüber wurde von ihm sehr charakterisiert. Dann ließ der Redner die weiteren Ergebnisse des Sessionsabschlusses an seinen Zuhörern vorüberziehen. Ohne auf das Einzelne einzugehen, sei hier nur das folgende bemerkt: Die Novelle zum Gewerbegesetz bezeichnete er als seinen Wünschen nicht entsprechend wegen des generellen Verbots des Detailhandels, das nur noch ausnahmsweise zugelassen werden soll. Vom Judensteuergesetz meinte er, für die einzige badische Judenfabrik in Waghäusel sei dasselbe günstig. Das Magarinegesetz sei von Hause aus gut gewesen, aber leider durch den Ueberseher der Agrarier unannehmbar — sogar für die Regierung — gemacht worden. Ueber den Antrag Kanis würde er mit sich reden lassen, wenn er den Bauern etwas helfen würde, wenn er technisch durchführbar wäre und wenn er nicht gegen die Handelsverträge verstoße. Da alle die Bedingungen nicht erfüllt wären, so sei er, obgleich sonst ein schlimmer Agrarier, gegen den Antrag Kanis. Die Einführung des Maximalarbeitstags in der Bäckerei sei durch den Bundesrat geschieden gegen den Wunsch unserer Partei. Redner sei der Ansicht, daß die Verordnung wieder fallen werde. Auch das Gesetz über die Sonntagsruhe, gegen das die natl. Partei gestimmt habe, erweise sich als verfehlt. Es wäre am besten, es würde wieder über den Hausen gemessen. (Lebhafte Bravo.) Für einen weiteren Ausbau der Arbeitergesetzgebung sei er nicht zu haben, solange die jetzigen Einrichtungen nicht durch Zusammenlegen vereinfacht und verbilligt würden. Es werde bald an der Zeit sein, vielmehr an einen Schutz der Arbeitgeber zu denken. (Beifall.) Die Handwerker-vorlage enthalte manche gute Bestimmungen, hoffentlich komme sie so an den Reichstag, daß es überhaupt lohne, sie zu diskutieren. Gegen die Jüdischen Reden habe er sehr große Bedenken. Zum Schluß trat der Redner der wüsten Hege gegen Bismarck entgegen. Er bezeichnete die Angriffe auf denselben, wobei er die „Karlsruher Zeitung“ nicht ausnehme — als schimpflich. Unter großem Beifall der Versammlung wurde von Bürgermeister Dr. Balz ein Hoch auf den Altreichstagsler ausgebracht, in das die Anwesenden lebhaft einstimmten. Mit einem Hoch auf Kaiser und Großherzog wurde die Versammlung geschlossen.

Unterwiesheim, 7. Nov. Am 31. Oktober wurden die Mitreisenden des von Wenzingen nach Bruchsal gehenden Frühzugs in Schweden verfehlt, indem zwischen hier und Ubstadt das Signal ertönte, und der Zug zum Halten gebracht wurde. Der Zug stieß nämlich auf die auf den Schienen liegende Briggel. Durch rechtzeitiges Vermerken derselben von der Lokomotive aus konnte ein Entgleisen verhindert werden. Wie sich nun herausstellte, kam in der vorangehenden Nacht ein Fuhrmann mit seinem Fuhrwerk auf den Bahndörper und blieb auf demselben stehen. Er ließ, nachdem er das Fuhrwerk mit Mühe wieder flott gemacht hatte, jedenfalls in der Eile die Briggel auf den Schienen liegen und hätte so leicht Anlaß zu einem Unfall geben können.

Forstheim, 8. Nov. Der Beirat der hiesigen Realschule hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, einer Petition, welche aus Elternkreisen an denselben gerichtet wurde, dahin lautend, die hiesige 7klassige Realschule in eine 9klassige Oberrealschule zu erweitern, zu entsprechen und einen diesbezüglichen Antrag an den Stadtrat zu richten. Das Bedürfnis nach einer Oberrealschule macht sich von Jahr zu Jahr mehr geltend; es ist daher nicht zu zweifeln, daß eine diesbezügliche Vorlage an den Bürgerausschuß Zustimmung findet. An Schülern für die beiden oberen Klassen wird es umso weniger fehlen, da auch auf Bezug von auswärtig gerechnet werden darf. — Die hiesige Gesellschafter „Liederhalle“ feierte gestern Abend im Schwarzen Adler ihr 30jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Konzert und Tanz. Der Vereinsvorsitzende, Fabrikant Schöndauer, verbreitete sich in einer Ansprache über die Entwicklung und die Erfolge des Vereins während seines 30jährigen Bestehens und schloß mit einem Hoch auf die Gesellschafter. Das Konzert, in welchem sich gepflegte Chöre mit schönen Sologeistungen und Instrumentalvorträgen wechselten, nahm unter Leitung des Hauptlehrers Neuert einen schönen Verlauf. Reichen Beifall fanden namentlich die Solisten Jrl. Better (Soprano), sowie die Herren Schweitzer und Mann.

Wühl, 8. Nov. Ein Viehhändler aus Döschweuren war im Begriff, bei der Station Mundenloch der Lokalbahn mit seinem Wagen über das Geleis zu fahren, als der aus Rehl kommende Bolazug, der scharfplanmäßig hier um 10 Uhr 7 Min. eintrifft, heranbraute. Es wäre dem Fuhrmann unzweifelhaft gelungen, den Uebergang noch rechtzeitig zu passieren, wenn nicht das eine der beiden Pferde plötzlich unruhig und widerspenstig geworden wäre. Dadurch entstand ein Aufsehalten, der dem Wesährte verhängnisvoll wurde. Die Lokomotive fuhr in den Wagen hinein, den zertrümmerte und eines der Pferde geriet unter die Räder des Zuges, die das Tier auf der Stelle töteten. Der Fuhrmann blieb glücklicherweise unverletzt.

Vom Kaiserstuhl, 8. Nov. Gestern Nacht brach auf bis jetzt unangeführte Weise Feuer in dem Städtchen Buchheim aus. Mächtige Feuerfäden ließen auf einen großen Brand schließen. Die Feuerwehren von Bischoffingen, Nothweil und Jechingen waren bald zur Stelle und diesen vereinten Kräften ge-

lang es in hartem Ringen, das entsetzlichen Elementes Herr zu werden. Es brannten beinahe 2 Wohnhäuser nieder, die auf den Speichern lagernden Masse flogen gleich Raketen in der Luft umher. Zwei ältere Personen trugen schwere Brandwunden davon, sie mußten über brennende Treppen hinweg; ein Knabe wagte den Sprung aus dem 2. Stock und kam mit einer klaffenden Kopf-wunde davon. Mertzliche Hilfe war zur Stelle.

Aus Baden, 8. Nov. Für die Leser der „Bad. Landeszeitung“ dürfte es von Interesse sein, zu wissen, daß der wadere Generalleutnant Ligg, „der Mann von Hertsfeld“, in dem Städtchen Meersburg am Bodensee geboren wurde. Sein Geburts-haus steht in unmittelbarer Nähe der dortigen Lehrerbildungs-anstalt.

Stuttgart, 7. Nov. Wie der „Staats-Anz.“ meldet, hat der König von Württemberg anlässlich des Ablebens des Herzogs Wilhelm von Württemberg ein Beileidstelegramm des Kaisers erhalten, worin dieser versichert, das Andenken an den tapferen Soldaten hoch in Ehren zu halten, der mit seinem Vater in treuer Waffenbrüderschaft bei Desterlie im fernöstlichen Feuer gestanden habe. Ferner ist dem König ein Beileidstelegramm des Kaisers von Desterreich zugegangen, worin dieser beklagt, daß seine Arme einen hervorragend tapferen General verliere, dessen ehrenvolles Andenken die Geschichte bewahre. — Der „Staats-Anz.“ meldet ferner die Pensionierung des Oberlandes-gerichtspräsidenten Roestlin sowie die Ernennung des Senatspräsidenten Hausch zu seinem Nachfolger.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 9. Novbr.

Prinzessin Wilhelm ist am Samstag Abend 8 Uhr 33 Min. von Stuttgart hierher zurückgekehrt. — Die Herzogin von Leuchtenberg ist gestern früh 5 Uhr 40 Min. von Paris hier eingetroffen und von der Prinzessin Wilhelm auf dem Hauptbahnhof empfangen worden. Die Herzogin reiste abends 5 Uhr 43 Min. nach Frankfurt weiter.

Minister v. Frauer ist aus Urlaub hierher zurückgekehrt. — Herr Chordirektor Schwab, bis Ende letzter Saison am hiesigen Hoftheater, ist nunmehr erster Kapellmeister des Bagreuther Stadttheaters geworden.

Schm. Mitteilungen aus der Stadtrats-Sitzung vom 6. Nov. Das neugewählte Mitglied des Stadtrats, Herr Williard, tritt in das Kollegium ein und wird von den Vorstehenden begrüßt. — Die Generaldirektion der Großh. Staatsrentenbank teilt mit, daß auf die 97er Extragnisse der städt. Bahn Karlsruhe-Magazin monatliche Abschlagszahlungen von je 13 000 M. geleistet werden können. — Das Großh. Ministerium des Innern teilt den Nachtragsvertrag zur Vereinbarung vom 24. April 1896, betreffend die Anlage eines Rheinhafens bei Karlsruhe mit. Der Vertrag wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses angenommen. — Die Herren Stadträte Ludwig und Williard werden zu Mitgliedern der Schulkommission ernannt. — Mit dem Unternehmer des Fuhrwerks für die Straßenreinigung und Rehrigabfuhr, Herrn Steinbecker, wird eine Verlängerung des Vertragsverhältnisses unter den bisherigen Bedingungen um weitere 5 Jahre vereinbart. — Bei Großh. Bezirksamt soll beantragt werden, es wolle den Grundstücksbesitzern auf der westlichen Seite der Weierheimer Allee, südlich der Magazinhalle bis zur Kurvenstraße, aufgegeben werden, den Gehweg vor ihren Anwesen mit fester Deckung zu versehen. — Das Gesetz des Badenbauers Jean Stauch von Freinsheim in Baden um Aufnahme in den badischen Staatsverband wird dem Großh. Bezirksamt unbeantragt vorgelegt. — Herr Privatier Anton Mähler hat dem städtischen Archiv die Photographie seines zum Abbruch gekommenen Hauses Kaiserstraße 28 zum Geschenk gemacht. Hierfür wird Dank ausgesprochen. — Herr Fabrikant Ludwig Kromer in Altschiffenburg hat dem städt. Krankenhaus eine größere Anzahl Unterhaltungsschriften geschenkt, wofür gleichfalls dankt wird. — Bei der städt. Sparkasse wurden im Monat Oktober d. J. eingelegt 445 561,03 M. gegen 391 832,05 M., zurückgezogen 503 181,21 M. gegen 424 628,85 M. im Oktober 1895. — Im städt. Krankenhaus belief sich im Monat Oktober d. J. der höchste Krankenstand auf 189 und der niedrigste auf 148 Personen.

Der Vortrag von Prof. Dr. Böhlting über „Bismarck und der europäische Friede“ findet am Dienstag Abend nicht im Rathaus, sondern im Saale der „EINTRACHT“ statt, weil der Stadtrat die Benützung des Rathhause als politischer Vortrags-grundstättig verweigert: die Gemüter seien zur Zeit in Bezug auf das gewählte Thema so erregt und durch die Aktualität des Themas gewinne der Vortrag, auch wenn er von einem Dilettanten von Beruf abgehalten wird, eine politische Bedeutung. Gegenüber der Bemerkung des „Bad. Beob.“, daß Herr Böhlting vom Meintrag — es wird bekanntlich ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. erhoben — das erste Quartal seiner Miete bezahlen könne, bemerkt Herr Böhlting in einer öffentlichen Erklärung mit beizendem Spott, daß von dem für einen gemeinnützigen Zweck bestimmten eventuellen Meintrag jedenfalls dem Kaiser-Bismarck und somit der Parteikasse des „Bad. Beobachters“ nichts zu Gute kommen wird.

Der Vorstand der Abteilung Baden von Verein Frauenbildungs-Reform, welche kürzlich hier sich gebildet hat, vereinigte jüngst im Singaal der höheren Mädchenschule seine Mitglieder zum erstenmale um sich. Frau Dr. Gernet begrüßte die Versammlung, berichtete, daß bereits neue Mitglieder sich angemeldet und einige größere freiwillige Gaben eingegangen seien, so daß ein ermutigender Anfang gemacht sei. Sie legte dabei den Anwesenden auseinander, daß weder der Vorstand, noch die Abteilung Baden an sich die Absicht habe, sich in die inneren Angelegenheiten des Mädchengymnasiums zu mischen. Sie wollten beide bloß die Interessen der Anstalt nach außen hin vertreten, Auskunft erteilen, Mitglieder werden für den Verein Frauenbildungs-Reform, Geldmittel beschaffen zur Befreiung der so bedeutenden Kosten des Mädchengymnasiums, namentlich zur Durchführung des jeweiligen Vollbestandes der Klassen. Zugleich erklärte Frau Dr. Gernet, daß sie, um wiederholt geäußerten Wünschen zu entsprechen, bereit sei, jeden Tag eine gewisse Zeit im Mädchengymnasium zuzubringen, daß sie selbst sich von 10—11 Uhr jeden Tag zu treffen sei und Anfragen und Anmeldungen für den Verein bereitwillig entgegennehme. Die Anwesenden nahmen dieses opferwillige Anerbieten dankbar an. In betreff der Mittel meinte das Vorstandmitglied Dr. Kunitel, daß bei der hohen Bedeutung der Anstalt und deren Bestrebungen es schon gelingen werde, die nötigen Mittel anzubringen. Er befürwortete, Abteilungen zu bilden in anderen Städten — für Freiburg wurde der Versuch bereits unternommen — und empfiehlt überhaupt eine rege Vereinsaktivität. Zum Schluß vereinbarte man sich, einen allgemeinen Vereinsabend auf jeden ersten Mittwoch im Monat festzusetzen und später auch neben kleinen Vorträgen und Vorträgen musikalische Produktionen einzuführen. Als Schriftführerin und Kassiererin wählte Frau K. Haupt ihres Amtes. Wir wünschen der Abteilung Baden des Vereins Frauenbildungs-Reform alles Gelingen.

Der Verein ehemaliger badischer gelber Dragoner, der vor kurzem hier gegründet wurde, feierte gestern unter zahlreicher Beteiligung die Standartenweihe und das erste Stiftungsfest. Als Vertreter des Badischen Militärvereinsverbandes war Oberstleutnant Bauer erschienen; das Regiment der gelben Dragoner war durch sämtliche dienstfreie Offiziere und Unteroffiziere vertreten. Im prächtig geschmückten kleinen Festsaal wurde die Standartenweihe durch einen Fanfarenmarsch, von der Kapelle des 21. Dragonerregiments recht wacker zum Besten gebracht, eingeleitet. Der 1. Vorstand, Herr Priv. Benzinger,

